

Zu wenig Frauen in Schulleitungen

Fast drei Viertel der Baselbieter Lehrpersonen sind weiblich – in Leitungspositionen ist die Anzahl Frauen aber tiefer.

Kelly Spielmann

4900 Lehrerinnen und Lehrer verteilt auf rund 3200 Vollzeitstellen unterrichteten im Jahr 2020 an öffentlichen Baselbieter Schulen, wie eine neue Statistik der Finanz- und Kirchendirektion zeigt. Mit 72 Prozent ist der Grossteil dieser Lehrpersonen weiblich. Anders sieht es allerdings in Leitungspositionen an Schulen aus: Trotz der überwiegend weiblichen Lehrerschaft sind nur 56 Prozent der Schulleitungsstellen von Frauen besetzt.

Überraschend sei die Statistik des Kantons zum Anteil von Männern und Frauen in Schulleitungen nicht, sagt Petra Dittmar, Konrektorin am Gymnasium Münchenstein und Leiterin der dortigen Fachmittelschule. Dittmar ist damit eine von wenigen in ihrer Position, denn auf der Sekundarstufe 2 sind Männer stärker übervertreten als im kantonalen Schnitt: Nur 25 Prozent aller Leitungsstellen sind an Gymnasien von Frauen besetzt. An Berufsfachschulen sind es 17,6 Prozent.

Mehr Lehrerinnen, weil der Lohn tiefer ist

Dass die Differenz zwischen Männern und Frauen – nicht nur in leitenden Stellen, sondern auch bei den Lehrpersonen – mit steigender Schulstufe weiter auseinanderklafft, erklärt Jana Wachtl, Leiterin der Fachstelle für Gleichstellung Baselland, unter anderem mit dem Lohn,



72 Prozent der Baselbieter Lehrpersonen sind Frauen (Symbolbild).

Bild: Sandra Ardizzone

der auf der Primarstufe deutlich geringer ist als auf höheren Stufen. «Untersuchungen zeigen, dass für Männer die Lohn-Aussichten bei der Berufswahl insgesamt wichtiger sind als für Frauen.»

Eine Studie der Pädagogischen Hochschule habe zudem dargelegt, dass die Anschluss- und Aufstiegsmöglichkeiten auf Primarstufe gering seien, diese aber für viele Männer von grosser Bedeutung seien, erzählt Wachtl. Und sie ergänzt: «Auch stereotypische Geschlechtervorstellungen dürften eine Rolle spielen: Klischeehaft wird immer noch häufig davon ausge-

gangen, dass Frauen besser für die Arbeit mit jüngeren Kindern geeignet sind.»

Beruf und Familie oft nicht vereinbar

FMS-Leiterin Petra Dittmar arbeitet mit älteren Schülerinnen und Schülern. Sie hat sich besonders aus inhaltlichen Gründen für die Aufgabe interessiert – und: «Meine familiäre und persönliche Situation liess die Annahme einer Vollzeitstelle zu». Hätte die Möglichkeit bestanden, wäre für sie auch ein Teilpensum oder «Jobsharing» mit einer Kollegin oder einem Kollegen vorstellbar gewesen. Dies, so ist Dittmar überzeugt, könnte dabei helfen, die Untervertretung von Frauen in Schulleitungen im Vergleich zur Lehrerschaft anzupassen: «Während die Tätigkeit als Lehrperson zeitlich eher planbar und im Teilzeitpensum möglich ist, bleibt besonders letzteres in der Schulleitungsarbeit eher die Ausnahme.» Von strukturellen Veränderungen, die auch auf Führungsebenen Teilzeitarbeit zulassen, könnten alle Geschlechter profitieren, argumentiert die Konrektorin. Denn: Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sei ein zentraler Grund für den Frauenan-

teil in Schulleitungen, sagt Jana Wachtl: «Die Mehrheit der Lehrerinnen suchen bewusst Teilzeitstellen. Es braucht also in dem Berufsfeld entsprechende Führungspositionen, beispielsweise Co-Leitungen.» Damit würde das Kader diverser, unterschiedliche Stärken seien vertreten. Wachtl nennt neben der Vereinbarkeit von Beruf und Familie aber noch weitere Vorteile von Co-Leitungen: «Schulleitungen sind anspruchsvolle Stellen – fachlich, inhaltlich, persönlich. Co-Leitungen können schwierige Situationen gemeinsam auffangen und die Belastung aufteilen.»

Das Gesetz will ausgeglichene Teams

Weiter gebe es flexible Vollzeitmodelle, hochprozentige Teilzeitstellen, temporäre Pensumsreduktionen und mobiles Arbeiten als Optionen, um den Frauenanteil auch in Leitungsstellen auszugleichen. Denn: «Durchmischte Führungsteams sind aus Gleichstellungssicht wichtig. In den Führungsfunktionen sollten Perspektiven, Interessen und Prioritäten vertreten sein, die die Angestellten repräsentieren.»

Das Baselbieter Bildungsgesetz verlangt ausserdem ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis: «Besteht die Schulleitung aus mehreren Mitgliedern, sollen in ihr nach Möglichkeit beide Geschlechter vertreten sein», heisst es im Bildungsgesetz.

Rettungswache möglicherweise auch in Laufen

Korrekt In die Recherche über den Aufbau einer neuen gemeinsamen Rettungswache von Feuerwehr und Sanität im Kantonshauptort Liestal (bz von gestern) hat sich ein Fehler eingeschlichen. Im Text hiess es, ein vergleichbares Projekt für einen Neubau von Feuerwehr und Rettungsdienst in Laufen sei vom Kantonsspital Baselland (KSBL), das den Rettungsdienst betreibt, abgelehnt worden. Dies stimmt nicht: Das KSBL habe grosses Interesse an diesem Projekt, betont KSBL-Sprecherin Anita Kuoni. Zwar müssten, wie beim Projekt in Liestal, noch Details zur Machbarkeit geklärt werden. Die Zusammenarbeit mit der Feuerwehr sei aber sehr konstruktiv. Der Rettungsdienst am Standort Laufen operiert heute von einer ehemaligen Auto-Garage an der Baselstrasse aus. Der Bedarf für neue Räumlichkeiten sei grundsätzlich gegeben, sagt Kuoni. (bz)

Nachrichten

Die Saison für Gartenbäder beginnt

Agglomeration Sowohl Bottmingen als auch Aesch werden in Kürze die Tore ihrer Gartenbäder für die Schwimmsaison 2021 öffnen. Dies vermehren die beiden Gemeinden in einer Medienmitteilung. Das Gartenbad Aesch-Pfeffingen darf dieses Jahr sein 50-jähriges Bestehen feiern und plant für die Sommermonate coronakonform einige Jubiläumsveranstaltungen. In Bottmingen werden derweil die bereits bestehenden Saisonabonnements automatisch um 365 Tage verlängert, da diese im letzten Jahr unter Corona nicht angeboten wurden. Dies vermeldete die Gemeinde in einer Medienmitteilung. (bz)

Nächste Tranche der Härtefallhilfen ausbezahlt

Baselland Am Ende des letzten Monats hat der Regierungsrat bereits über 50 Millionen Franken an Härtefallhilfen gesprochen. Dies teilte der Kanton Baselland anfangs dieser Woche mit. In der dreizehnten Tranche zahlt der Kanton rund 680 000 Franken an insgesamt 14 bewilligte Gesuche aus, zehn weitere wurden abgelehnt. Des Weiteren wurden wegen der längeren Schliessungsdauer der Sport- und Gastronomiebetriebe 27 Nachzahlungen genehmigt. Die Maizahlungen umfassen ausserdem Bürgschaften in der Höhe von 99 140 Franken. (bz)

Gedenk-Ausstellung zu Ernst Weisskopf

Pratteln Heute Freitag öffnet eine Ausstellung im Gedenken an Ernst Weisskopf. Der Künstler starb am 20. November letzten Jahres mit 83 Jahren an seinem Wirkungsort: In seinem Atelier an der Mittlerfeldstrasse 14 in Pratteln. Die Bilder, Zeichnungen und Eisenplastiken werden jetzt in seinem Atelier nochmals gezeigt. Die Ausstellung dauert bis zum 23. Mai. (bz)

Bachgraben erwartet Verkehrslawine

Der Autoverkehr wird sich bis 2040 verdreifachen, warnt eine Studie. Jetzt sollen es Tram, Bus und Velo richten.

Im Allschwiler Gewerbegebiet Bachgraben wird sich die Zahl der Arbeitsplätze bis 2040 verdoppeln. Das starke Wachstum hat Folgen. Die Gemeinde rechnet damit, dass sich der Autoverkehr beinahe verdreifacht, wenn keine Gegenmassnahmen getroffen werden. Die Modelle sagen: Die heute rund 12 000 Fahrten pro Tag wachsen nach dem Endausbau des Gebiets auf über 32 000 Fahrten an. Dabei sind die angrenzenden Strassen schon heute häufig verstopft.

Die Zahlen sind dem Gesamtmobilitäts- und Stadtraumkonzept Bachgraben zu entnehmen. Erstellt hat es das Planungsbüro Kontextplan AG im Auftrag der Gemeinde. Der Bericht hält fest, dass mit dem jetzigen Modalsplit eine starke Zunahme des motorisierten Individualverkehrs, des MIV, nicht zu verhindern ist. Dabei sei «die bestehende MIV-Infrastruktur an den Anschlussknoten bereits heute nahezu ausgelastet». Und: Um die Funktionalität des Verkehrsnetzes sicherzustellen, sei «eine starke Verlagerung der Verkehrsanteile vom MIV auf den ÖV sowie auf den Fuss- und Veloverkehr anzustreben».

Baselland plant, das Bachgrabengebiet per 2030 ans

Hochleistungsstrassennetz anzuschliessen, mit dem Autobahn-Zubringer Bachgraben-Allschwil (Zuba). Vorgesehen ist ein Tunnel unter Basel und ein Anschluss in Basel-St. Johann an die Nordtangente. Dann wäre es möglich, von der A2 direkt ins Bachgraben zu gelangen.

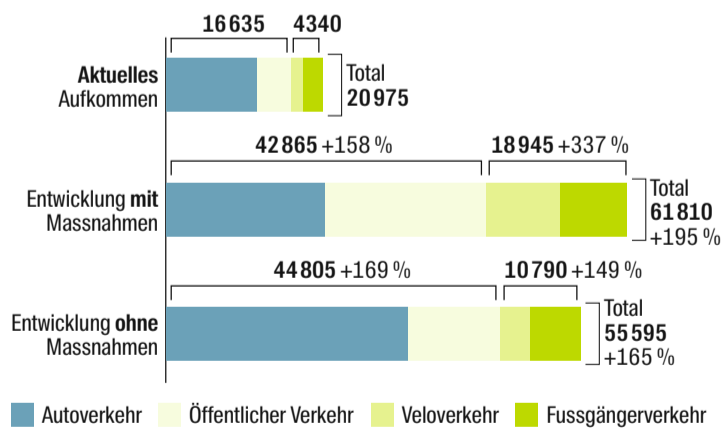
Bericht sagt: Zubringer allein löst Problem nicht

Doch auch der Zubringer ist kein Allheilmittel für die Verkehrsproblematik an Basels Stadtrand. Dem Bericht ist zu entnehmen: «Der neue Zubringer Bachgraben-Nordtangente bringt zwar übergeordnet wertvolle zusätzliche Kapazitäten. Auf dem lokalen Netz (Quartierstrassen, einzelne Knoten) sind die Funktionalität und Verträglichkeit ohne Steuerung des MIV-Aufkommens dennoch gefährdet.» Anders gesagt: Mit dem Zubringer kommt man mit dem Auto zwar schneller zum Bachgraben, indem man Basel unterqueren kann. Doch spätestens im Bachgrabenareal selbst steckt man wieder im Stau.

Das Gesamtmobilitätskonzept sieht massive Investitionen in den ÖV vor. Acht Massnahmen wurden vorgeschlagen. Die Wichtigsten sind das neue Tram

Verkehrsentwicklung im Bachgraben

Wachstum bis 2040



Bachgraben zum Bahnhof Basel-St. Johann sowie die Taktverdichtung der Buslinien 48 (zum Bahnhof Basel SBB), 67 (ins Leimen- und Birstal) und 608 (nach Hégenheim und Hésingue).

Daneben schlägt das Konzept aber auch neue Busverbindungen vor: eine zum Bahnhof Saint-Louis und eine «Richtung Deutschland». Ziel dieser Vorhaben: Den zahlreichen Grenzgängern den Umstieg auf den ÖV schmackhaft machen.

Heute sieht der Modalsplit im grössten wirtschaftlichen

Entwicklungsgebiet des Basellands so aus: Der MIV macht zwei Drittel der Fahrten aus, der ÖV einen Fünftel. Künftig soll weniger als die Hälfte der Fahrten per Auto zurückgelegt werden.

Tram ist in Basel plötzlich nicht mehr erste Wahl

Laut einer Expertin von Kontextplan, die den Bericht am Mittwoch dem Einwohnerrat präsentierte, gibt es keine Alternativen zur Verkehrsverlagerung. Das hielt bereits eine Studie von 2018 fest. Im Regionalen Ent-

wicklungskonzept (REK) Allschwil 2035 steht: «Ohne weitere Massnahme wird das Verkehrssystem (...) an seine Leistungsgrenze stossen. Das Strassennetz kann die Zunahme allein im MIV nicht bewältigen.» Im Bachgraben soll die Zahl der Arbeitsplätze bis 2040 auf 11 000 anwachsen, derzeit sind es knapp 6000. Gegen ein Bauprojekt, das Alba-Haus, ist eine Volksabstimmung hängig.

Die Ergebnisse der Mobilitätsstudie könnten jenen Stimmen mehr Gewicht verleihen, die auf eine Schienenerschliessung des Bachgrabens bestehen. Zuletzt sendete der Kanton Basel-Stadt Signale aus, als ob ihm das Bachgrabenram nicht mehr so wichtig wäre. Ursprünglich war vorgesehen, dass der Stadtkanton die Arbeiten für das Tram nach Inbetriebnahme des Zubringers, also ab 2030, in Angriff nimmt. In einer gemeinsamen Absichtserklärung der beiden Basel zur Bachgrabenerschliessung von Ende Januar hiess es aber plötzlich, man könne das erwartete künftige Passagieraufkommen auch mit einer «hochwertigen Busverbindung» bewältigen.

Benjamin Wieland